

Das Mittelmeer ist derzeit der gefährlichste Migrationskorridor der Welt. Seit 2014 sind laut der Internationalen Organisation für Migration der UNO mehr als 30.000 Menschen auf dieser zentralen Route ums Leben gekommen oder verschwunden. Zyklon „Harry“ hat deutlich gemacht, dass nicht nur Stürme, sondern auch die europäische Politik für die hohen Todeszahlen verantwortlich ist. Von **Michael Leonardi**.

Der Zyklon „Harry“ fegte Mitte Januar 2026 mit einer Heftigkeit über das zentrale Mittelmeer hinweg, die alle Rekorde brach – mit stürmischen Winden, 16 Meter hohen Wellen und strömendem Regen über Süditalien, Malta und Tunesien. An Land überschwemmte der Sturm Wohnhäuser, löste Erdrutsche aus und legte die Infrastruktur lahm, was Schäden in Milliardenhöhe hinterließ.

Auf See löste der Zyklon ein Massaker aus. Laut Mediterranean Saving Humans und Medienberichten sanken mindestens 27 von 29 Booten, die die tunesische Region Sfax verlassen hatten, während des Sturms, und es wird befürchtet, dass mindestens 1.000 Migranten ums Leben gekommen sind – eines der tödlichsten Einzelereignisse auf der zentralen Route in jüngster Zeit.

Die italienische Küstenwache bestätigte, dass allein von acht Schiffen 380 Menschen vermisst werden. Die Internationale Organisation für Migration der Vereinten Nationen weist darauf hin, dass in den zehn Tagen des unablässigen Chaos Hunderte weitere Menschen bei mehreren Schiffbrüchen ums Leben gekommen sind. Einige Boote sind auch aus Libyen gestartet, darunter eines, das vor Tobruk gesunken ist. Dabei sollen mindestens 51 Menschen ums Leben gekommen sein.

Dies ist nicht allein eine Naturkatastrophe. Es ist ein vermeidbares Massaker, das durch die Festung Europa – den militarisierten Grenzapparat der EU, der das Mittelmeer zum tödlichsten Migrationskorridor der Welt gemacht hat – noch verstärkt wird.

Seit 2014 sind laut Zahlen der IOM mehr als 30.000 Menschen hier ums Leben gekommen oder verschwunden, wobei allein im Jahr 2025 bereits mindestens 1.340 Menschen auf der zentralen Route ums Leben gekommen sind, bevor „Harry“ zuschlug. Schlepper nutzen extremes Wetter aus, weil sie wissen, dass europäische Patrouillen und Rettungs-NGOs durch Stürme behindert werden.

Aber die eigentlichen Architekten dieses Friedhofs sind die politischen Maßnahmen selbst: Zurückweisungen, Kriminalisierung von Solidarität und schmutzige Deals mit Tunesien und Libyen, mit denen die Gewalt an den Grenzen ausgelagert wird. Das Meer erledigt den Rest.

Der Klimawandel ist der Beschleuniger. Steigende Meerestemperaturen und intensivere Unwetter – verursacht durch jahrzehntelange globale Emissionen – haben das Mittelmeer gewalttätiger und unberechenbarer gemacht. Zyklon „Harry“ war keine Anomalie, sondern eine Vorausschau. Stärkere Stürme, höhere Wellen und häufigere Extremwetter werden die tödlichen Risiken für diejenigen vervielfachen, die bereits aus Subsahara-Afrika und dem Nahen Osten vor Dürre, Wüstenbildung, Krieg und Armut fliehen müssen.

Doch Europa, das historische Epizentrum der Industrieschadstoffemission, reagiert auf klimabedingte Vertreibung nicht mit sicheren Fluchtwegen oder Klimagerechtigkeit, sondern mit immer höheren Mauern, Frontex-Drohnen und Internierungslagern.

Frontex, die Agentur der Europäischen Union für die Grenz- und Küstenwache, fungiert auf dem Kontinent als Pendant zur ICE – ein militarisierter, keiner Rechenschaftspflicht unterliegender Apparat, der dazu dient, die tödliche Logik der Festung Europa zu externalisieren und durchzusetzen.

Mit einem Budget, das mittlerweile über eine Milliarde Euro pro Jahr beträgt, und einer wachsenden Flotte von Drohnen, Patrouillenbooten und Überwachungstechnologie hat Frontex seinen Schwerpunkt von der Koordinierung von Rettungsaktionen auf aktive Rückführungsoperationen verlagert. Migrantenboote werden in internationalen Gewässern abgefangen und nach Libyen oder Tunesien zurückgeschickt – Länder, in denen zurückkehrenden Migranten Folter, Versklavung und Erpressung drohen.

Die Rolle der Agentur bei der Katastrophe des Zyklons „Harry“ ist verheerend: Während über Inmarsat und Satellitentelefone Notrufe eingingen, waren die Einsatzkräfte von Frontex entweder gar nicht da oder zu spät oder konzentrierten sich eher auf Abschreckung als auf Rettung, sodass Hunderte ertrunken sind.

Wie die ICE agiert auch Frontex nahezu straffrei – die Mitarbeiter sind vor einer Rechenschaftspflicht geschützt, Versäumnisse werden auf „Wetterbedingungen“ oder „die Rücksichtslosigkeit von Schleusern“ geschoben, und die Gewalt wird durch Verträge an Drittländer ausgelagert, wo Diktatoren dafür bezahlt werden, die schmutzige Arbeit zu tun.

Im tödlichsten Korridor des Mittelmeers rettet Frontex keine Leben. Vielmehr überwacht die Agentur die Grenzen auf Kosten Tausender Menschen und verwandelt das südliche Meer Europas in ein Massengrab, in dem die „Werte“ der EU zusammen mit den Menschen, die Zuflucht suchen, ertrinken.

Italien unter Giorgia Meloni trägt eine besondere Verantwortung. Ihre Regierung hat die

Rettungsmissionen von Nichtregierungsorganisationen unterbunden, Solidarität auf See kriminalisiert und sich mit „geschlossenen Häfen“ gerühmt.

Während „Harry“ wütete, hat das italienische Koordinierungszentrum für Seenotrettung über Inmarsat Notrufe bekommen, aber nichts unternommen, um rechtzeitig und ausreichend Suchaktionen zu starten. Mediterranea Saving Humans hat den Behörden deshalb „mangelnde Informationen und Rettungsbemühungen“ vorgeworfen. Und Überlebende aus Tunesien und Libyen berichten von Dutzenden „schwimmenden Massengräbern“, die spurlos verschwunden sind.

Die Komplizenschaft Italiens als zentraler Zugangspunkt zur EU geht über das Stillschweigen auf See hinaus und umfasst auch seine aktive Rolle im externalisierten Haftsystem der EU. Im November 2023 unterzeichnete Giorgia Meloni ein kontroverses Abkommen mit dem albanischen Premierminister Edi Rama, um von Italien betriebene Migrantenhaftanstalten auf albanischem Boden einzurichten – eine in Gjadër zur Identifizierung und Bearbeitung von Asylanträgen, die andere in einer ehemaligen Militärbasis in der Region Shengjin als Eingangskontrollzentrum für Rückführungen oder Asylanträge.

Die Einrichtungen, die bis zu 3.000 Menschen gleichzeitig aufnehmen sollen, wurden als „europäisches Modell“ angepriesen, um Italien an seinen Grenzen zu entlasten. Im Laufe eines Jahres sollen in den Einrichtungen bis zu 36.000 Menschen bearbeitet werden. Doch seit Februar 2026 sind die Zentren leer und nicht in Betrieb – aufgrund rechtlicher Probleme, Menschenrechtsbedenken und logistischer Mängel.

Italienische Gerichte, NGOs und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte haben Alarm geschlagen wegen möglicher Verstöße gegen das Verbot der Zwangsrückführung, unmenschlicher Bedingungen und der Auslagerung von Asylverpflichtungen an ein Nicht-EU-Land mit nachweislich schwacher Rechtsstaatlichkeit.

Die leeren Gebäude stehen als deutliches Symbol: Die Regierung Meloni ist bereit, Millionen für ein Archipel von Haftanstalten im Ausland auszugeben, während sie sich weigert, sichere, legale Wege zu öffnen oder die tödlichen Zurückweisungen zu beenden, die jedes Jahr Tausende von Menschenleben fordern.

Die menschlichen Opfer sind unerträglich: Frauen, Kinder, ganze Familien, die im Namen der europäischen Grenzkontrolle von den Wellen verschlungen werden. Die Katastrophe des Zyklons „Harry“ offenbart die mörderische Logik der Festung Europa: Rettung kriminalisieren, Grenzen auslagern, klimabedingte Vertreibung ignorieren – und das Meer

das Werk der Ausgrenzung vollenden lassen.

Die Forderung ist dringend und nicht verhandelbar: Beendet die Kriminalisierung der Migration. Schafft Rückführungen ab und löst Frontex auf. Öffnet sichere, legale Wege für Klima- und Konfliktflüchtlinge. Geht gegen den Klimawandel mit Gerechtigkeit vor, nicht mit militarisierten Grenzen. Reißt die Festung Europa nieder, bevor sie weitere Tausend Menschenleben fordert.

*Der Beitrag erschien im Original bei [Counterpunch](#). Übersetzung aus dem Englischen von **Marta Andujo**.*

Titelbild: Nigma Photography/shutterstock.com